Bezahlt
# REAKTION

nato
19.00 So. 25.11.

# SOLIDARITÄT KONZERT

mit den Betroffenen
der gewalttätigen Räumungen in O/Berlin




Snuff your feed

Belive in Falter

DEFLORATION

# WER DAS GELD HAT, HAT DIE MACHT

SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZERINNEN ! ! !

Am 14.11. wurden die 13 besetzten Häuser der Mainzerstr. in Berlin gewaltsam und mit äußerster Härte von seiten der Polizei, trotz Protest und Widerstand der BesetzerInnen, einiger PolitikerInnen und BürgerInnen, geräumt.
Dabei wurden ca. 300 BesetzerInnen festgenommen, einige von ihnen müssen mit einem Gerichtsverfahren rechnen und vermutlich blechen (Verfahrenskosten, Anwaltskosten, Strafgelder und vielleicht den "Trip" zum Revier).
Mit diesem Konzert wollen wir versuchen, den Btroffenen zu helfen. Die gesamte Kohle, die ihr ranschleppt (abzüglich Unkosten), bekommt ein Ermittlungsausschuß, der den Betroffenen die Anwälte stellt.
Außerdem ist dies ein Protest gegen das unverantwortliche Vorgehen des Staates.
Mit Machtdemonstrationen, wie in der Mainzerstr., löst man nicht das Problem, sondern provoziert lediglich Zorn und Widerstand aller BestzerInnen und SympathisantInnen, und das Problem besteht in jeder größeren Stadt !!!
Mit dem Ausstellen akzeptabler Nutzungsverträge, und damit der Entkriminalisierung von Hausbesetzungen, ist da sicher mehr getan. Das, allerdings, setzt vorraus, daß Verantwortliche gegenüber BesetzerInnen eigene Vorurteile abbauen, und versuchen konstruktiv und zum Nutzen aller, mit ihnen zusammenzuarbeiten!
Besetzte Häuser sind keine Brutstätten des Vandalismus oder Kasernen prügelgeiler Chaoten, sondern der Versuch alternativer Wohnprojekte, eigene Vorstellungen von Zusammenleben zu verwirklichen, und gegen die Situation auf dem "Wohnungsmarkt" zu protestieren.
Denn: WOHNEN IST MENSCHENRECHT ! ! ! , und Menschenrechte lassen sich nicht vermarkten!!!
Instandbesetzung ist ein Weg, verkommene Häuser, die aus spekulativen Gründen oder in der DDR a.d. aus dem Unvermögen zu restaurieren, leer stehen bleiben und so ihrem Ende entgegen gehen, wieder zu beleben!

# UND DIE MACHT BESTIMMT DAS RECHT






Die Leute, die in der Mainzer Straße wohnen, sind verschieden. So verschieden, wie die Gründe, aus denen viele nicht mit mir reden wollten. So verschieden wie die Häuser hier bunt sind. „Der Besetzer“ existiert nämlich nur im Bürgerkopf. Und auf das Individuelle reduziert, ist das ein Urvieh, das in Hausflure pinkelt, Steine schmeißt, Autos ansteckt, nie arbeitet und laute Musik hört von Bands, die genauso leben wie er.

Ich habe keinen gesehen, der in den Hausflur pinkelt. Aber wer macht das schon in Gegenwart anderer. Nicht wahr? ◆

# Unverständnis im puritanischen Osten

## Ostberliner Besetzerbewegung hat mit West-Unterstützung neue Qualität erreicht

Gab es bis Ende April in Ost-Berlin nur Besetzungen von einzelnen Häusern, so hatte die „Besetzerbewegung“ mit der Inbesitznahme eines ganzen Straßenzuges in der Mainzer Straße eine neue Qualität erreicht. Weitere Besonderheiten waren die Tatsachen, daß die Besetzer vorwiegend aus dem Westteil der Stadt kamen und ihre Häuser unmittelbar nach ihrer Inbesitznahme befestigten — „zur Absicherung gegen Fascho-Überfälle“, wie die Besetzer erklärten.

Dies schien auch dringend geboten zu sein. Da sich seinerzeit die Beschwerden über sogenannte „linke“ Häuser ohnehin schon in einem Maße mehrten, daß die völlig überforderte Volkspolizei die meisten Anzeigen darüber kaum noch zur Kenntnis nahm, waren die BewohnerInnen noch aus einem anderen Grund ganz besonders der Gefahr marodierender Rechtsradikaler ausgesetzt: Ein Großteil der neuen Bewohner waren Homosexuelle beiderlei Geschlechts, die dort ein Wohn- und Lebensprojekt nach eigenen Vorstellungen realisieren wollten. „Wir haben uns“, so damals ein Angehöriger der Besetzergruppe zur taz, „Wohnraum genommen, um offen schwul und nach unseren eigenen Vorstellungen leben zu können.“ So wurde das Haus Nummer fünf zum „Tuntenhaus Forellenhof“ erklärt, Nummer sechs zum „Lesbenmütterhaus“. In dem bis dahin sehr puritanischen Osten mußten solche Versuche der Selbstverwirklichung zwangsläufig zumindest auf Unverständnis stoßen. So bildete sich eine ziemlich rechtslastige, DSU-nahe Bürgerinitiative gegen die Besetzer der Mainzer Straße. Auf einem von ihr einberufenen „Bürgerforum“ regte man sich zum Beispiel darüber auf, daß Anwohner beobachtet hätten, „wie sich zwei Männer vor offenem Fenster geküßt“ hätten. Selbst Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu (SPD) — sonst der Szene der Mainzer Straße eher ablehnend gegenüberstehend — sah sich auf dieser Veranstaltung genötigt, die Besetzer zu verteidigen.

Waren unter den ersten Besetzern noch relativ wenig Verfechter einer militanten Linie des „politischen Häuserkampfes“, so kristallisierte sich dort schon bald — wohl auch auf Grund einer Konzentration von besetzten Häusern in dieser Gegend — das politische Zentrum der Besetzerbewegung heraus. Der Besetzerrat, aus dem sich zu Zeiten der Scheinverhandlungen des Magistrats mit den Besetzern auch das „Vertragsgremium Besetzte Häuser“ rekrutierte, wurde in hohem Maße von Besetzern aus der Mainzer Straße dominiert.

taz

**Olaf Kampmann**




▼ Ein Haus in der Mainzer bleibt den Frauen vorbehalten, ein Cafe auch [illegible]. Schwulen haben sich einen Tunten-Tower erkämpft.

Kam
prot

Kaum
me
land,
heads,
Autono
chen,
ge w
kam
schwe
setzun
Räum

▼ Mit Straßenfesten versucht man K
zu den Bürgern zu finden, die in den
genden Häusern wohnen. Aber eigen
kommt doch immer nur die Szene. M
Kindern.

aus (Für Dich)

pf dem Mietwucher und dem Hausverfall! Hausbesetzer
estieren: „Wir lassen uns nicht länger verarschen!" 12./13.5

KLASSEN
SPALTE

ein Tag vergeht
r in Deutsch-
ohne daß Skin-
Hooligans oder
me Randale ma-
anze Straßenzü-
erwüsten. Jetzt
es in Berlin zu
ren Auseinander-
gen. Nach der
ung mehrerer be-
setzter Häuser ent-
wickelten sich Straßen-
schlachten zwischen
Hausbesetzern und der
Polizei. Selbst eine
Straßenbahn wurde
Opfer der Chaoten.
Les ... großen
Be... Sei-
te...

EXPRESS

**5. Wo bleiben die Besetzer nach Räumung der Häuser?**
Sie gehen nach Hause. Denn zur Verblüffung der Polizei waren von 323 kontrollierten Chaoten nur elf ohne festen Wohnsitz.

**Bild kämpft für Sie!**

**Gebot der ZEIT:**
BEST-LEISTUNGEN VON ALLEN

ontakt
mlie-
tlich
t ihren




## Die schlechte Bausubstanz im Ostteil der Stadt wird Besetzer wie Baugesellschaften auf Jahre hin anlocken

taz

Auch im Ostteil der Stadt Berlin erinnert die heruntergekommene Bausubstanz der Miethäuser West-Besucher an Kreuzberger Fassaden von Anno 1979/80. Die Kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) waren aber nicht nur mit der Instandhaltung, sondern auch mit der Verwaltung ‚ihrer' Wohnungen überfordert, so daß sich die private Iniative bei der Wohnungssuche in Gestalt des Tausches immer mehr durchsetzte. Wo immer ein Pärchen zusammenzog, wurde die eine freiwerdende Wohnung möglichst nicht der KWV gemeldet, sondern freigehalten, um sie unter der Hand an Bekannte oder Freunde weiterzugeben. Wenn Wohnungen über längere Zeit leerstanden, waren „Besetzungen" durchaus üblich. Die KWV verlor den Überblick. Sie gibt heute noch Vordrucke aus, mit denen die illegalen „werten Nutzer" zwecks „Klärung eines Sachverhalts" vorgeladen werden, um sie wenigstens im Nachhinein kennenzulernen („Das unbedingte persönliche Erscheinen ist abzusichern").

Das politische Machtvakuum wurde schon im Herbst 1989 von Wohnungssuchenden in der DDR, aber auch aus dem nahen Kreuzberg, zur Besetzung ganzer Häuserblocks genutzt. Bei der ersten Besetzung im Oktober 1989 sicherte die KWV den Besetzern ihre Unterstützung zu und die Polizei hielt freundlich Kontakt unter dem Etikett „Sicherheitspartnerschaft". Mit der Zunahme der Besetzungen und den beginnenden Planungen für eine Sanierung hat sich die Situation geändert. Die Wohnungsverwaltungen der Stadtbezirke werden als ordentliche GmbHs ins Handelsregister eingetragen, bleiben aber städtische Gesellschaften. Der Magistrat hat sich im Westteil der Stadt mit Geschäftsführern versorgt.

Die Sanierung kommt langsam in Gang. Allein für Ost-Berlin im 2. Halbjahr 1990 stehen 570 Millionen DM im Berliner Haushalt. Auf Jahre hinaus ist viel zu tun: 31 Prozent der Ostberliner Bausubstanz wurde vor 1918 errichtet, jedes dritte Quartier hat weder Bad noch Dusche. 18.000 Wohnungen stehen leer. K.W.





taz.

# Besetzer wurden regelrecht verladen

## Magistrat zögerte Vertragsverhandlungen immer weiter heraus und schürte damit nur Räumungsangst

Die schweren Straßenschlachten zwischen Hausbesetzern und der Polizei in den letzten beiden Tagen sind nicht nur die Lust am Krawall — große Teile von Ost-Berlins Hausbesetzerszene sind verbittert darüber, wie sie von Ost-Berlins Stadtregierung über den Verhandlungstisch gezogen worden sind. Als Anfang dieses Jahres massenhaft Häuser, überwiegend Altbauten in den Bezirken Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Lichtenberg, besetzt wurden, war die politische Handlungsbereitschaft der Regierenden noch ganz anders: Im April erklärte die Volkspolizei auf Beschluß des Runden Tisches, die Häuser würden nicht geräumt.



Ende Juni bildeten Besetzer ein „Vertragsgremium besetzer Häuser", in das Bewohner von 87 besetzten Häusern 15 Delegierte wählten. Dieses Gremium sollte möglichst geschlossen auftreten und Nutzungsverträge für die Häuser erkämpfen. Mit Nutzungsverträgen könnten die Mieter selbst entscheiden, wer in ihren Häusern wohnen soll.

Anfang September versprach dann der Magistrat für 87 Häuser Rahmenverträge. Für andere Häuser waren Einzel- oder Nutzungsmietverträge erkämpft worde. Geräumt werden sollten die Häuser, die nach dem 24. Juli besetzt worden waren. Damals beschloß der Magistrat die sogenannte West-„Berliner Linie". Das 1981 von dem damaligen Regierenden Bürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) entwickelte Konzept, Hausbesetzungen zu verhindern, wurde vorgestern zum ersten Mal in Ost-Berlin in die Tat umgesetzt: Im Prenzlauer Berg und in Lichtenberg räumte die Polizei die drei Häuser, die im September besetzt worden waren.

Nun sind seit dem Versprechen, alle 87 Häuser legalisieren zu wollen, über zwei Monate vergangen. Doch Rahmenverträge jedoch gibt es immer noch nicht. Inzwischen will nicht mehr der Ostberliner Magistrat, sondern sollen die Bezirke der Stadt unmittelbar mit den Instandbesetzern verhandeln.

Doch so viele unterschiedlichen Bezirke es gibt, so viele unterschiedlichen Meinungen sind auch zum Umgang mit Hausbesetzungen vorhanden. In Lichtenberg zum Beispiel hieß es, „Besetzungen sind illegal", in Friedrichshain hingegen vermittelte der Bürgermeister zwischen Besetzern und der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Schließlich sollten die 15 Delegierten zustimmen, die nach dem 24. Juli besetzten Häuser zu räumen und Neubesetzungen zu verhindern. Diese Idee kommentierte eine Delegierte: „Hier scheint der Magistrat unseren Einfluß absichtlich zu überschätzen."

**Dirk Wildt**




*Junge Welt:*

Was kam heraus? Im Prenzlauer Berg werden bis zum Mittwoch sämtliche besetzten Häuser überprüft. Mit einigen soll ein Um- und Ausbauvertrag abgeschlossen werden, mit anderen ein Duldungs- beziehungsweise Sicherungsvertrag. Letzteres heißt, daß die Häuser bis zu dem Zeitpunkt von den Jugendlichen genutzt werden können, bis eine planmäßige Rekonstruktion anläuft. Das birgt aber die Gefahr, daß der Rechtsträger der Häuser mit westlichen Baufirmen kooperiert, die mit ihrer dicken Knete die Häuser sanieren und Luxuswohnungen entstehen.

MIT AUFRÄUMUNGSARBEITEN wurde gestern nach der gewaltsamen Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße in Berlin begonnen.